

Satzung über die Erhebung eines Fremdenverkehrsbeitrages in der Gemeinde Wangerland (Fremdenverkehrsbeitragssatzung)

Aufgrund der §§ 10, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16.12.2014 (Nds. GVBl. S. 434) und des § 9 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 23.01.2007 (Nds. GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17.09.2015 (Nds. GVBl. S. 186), hat der Rat der Gemeinde Wangerland in seiner Sitzung am 28.10.2015 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Allgemeines

- (1) Die Gemeinde Wangerland erhebt zur teilweisen Deckung ihres Aufwandes für die Förderung des Fremdenverkehrs sowie für die Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, Verbesserung, Erneuerung, Unterhaltung und Verwaltung der dem Fremdenverkehr dienenden Einrichtungen (Fremdenverkehrseinrichtungen) einen jährlichen Fremdenverkehrsbeitrag nach Maßgabe dieser Satzung.
- (2) Sofern die Gemeinde die in Absatz 1 genannten Aufgaben nicht selbst wahrnimmt, bedient sie sich zu ihrer Durchführung der Wangerland Touristik GmbH. Die Abgeltung dieser Leistungen zählt zum Aufwand gemäß Absatz 1.
- (3) Der Gesamtaufwand nach Absatz 1 soll wie folgt gedeckt werden:
 - a) für die Fremdenverkehrswerbung:
 - zu 32 % durch sonstige Entgelte,
 - zu 27 % durch Fremdenverkehrsbeiträge,
 - zu 17 % durch öffentliche Anteile,
 - 24 % ungedeckte Aufwendungen.
 - b) für die Fremdenverkehrseinrichtungen:
 - zu 32 % durch Kurbeiträge,
 - zu 3 % durch Fremdenverkehrsbeiträge,
 - zu 56 % durch Gebühren und sonstige Entgelte,
 - zu 4 % durch Nutzungsvorteil der Einwohner,
 - zu 5 % durch Nutzungsvorteil beitragsbefreiter Ortsfremder (z. B. Tagesgäste, Kinder).

§ 2 Beitragsschuldner, Beitragstatbestand

- (1) Beitragspflichtig sind alle natürlichen und juristischen Personen sowie nicht- oder teilrechtsfähige Personenvereinigungen, denen durch den Fremdenverkehr im Gemeindegebiet unmittelbar oder mittelbar besondere wirtschaftliche Vorteile geboten werden.

- (2) Besondere wirtschaftliche Vorteile werden denen geboten, die im Rahmen selbstständiger Erwerbstätigkeit im Gemeindegebiet entgeltliche Leistungen anbieten, die im Allgemeinen der Bedarfsdeckung des Fremdenverkehrs dienen. Zu unmittelbaren wirtschaftlichen Vorteilen aus dem örtlichen Fremdenverkehr führt eine Tätigkeit, soweit sie ihrer Art nach direkten Geschäftskontakt zu Touristen herstellt. Zu mittelbaren Vorteilen aus dem örtlichen Fremdenverkehr führt eine Tätigkeit, soweit sie ihrer Art nach direkten Geschäftskontakt mit den Nutznießern unmittelbarer Vorteile im Rahmen der Bedarfsdeckung für den Fremdenverkehr herstellt.
- (3) Als im Gemeindegebiet allgemein angeboten gelten die Leistungen im Sinne des Abs. 2, soweit die Erwerbstätigkeit mittels einer dort vorhandenen Betriebsstätte (§12 AO), ständigen Vertretung (§13 AO) oder sonstigen regelmäßig wiederkehrend geschäftlich genutzten Örtlichkeit ausgeübt und werblich kundgetan wird.
- (4) Sind mehrere Personen Betriebsinhaber, so haften sie als Gesamtschuldner.

§ 3 Beitragsmaßstab

- (1) Der Fremdenverkehrsbeitrag bemisst sich nach den objektiven Gewinn - und Verdienstmöglichkeiten aus der beitragspflichtigen Tätigkeit (§2). Diese Gewinn – und Verdienstmöglichkeiten werden beziffert durch einen Messbetrag, der sich zusammensetzt aus dem im Gemeindegebiet erzielten Umsatz (Abs. 2), multipliziert mit dem Vorteilssatz (Abs. 3) und dem Gewinnsatz (Abs. 4).
- (2) Als Umsatz im Sinne dieser Satzung gelten die Einnahmen aus der beitragspflichtigen Tätigkeit, im Falle der Umsatzsteuerpflicht um die geschuldete Umsatzsteuer bereinigt. Im Gemeindegebiet erzielt ist der Umsatz auch insoweit, als die Erfüllung von Leistungspflichten außerhalb dieses Gebietes erfolgt. Maßgebend ist der Umsatz des vorletzten dem Erhebungsjahr vorausgegangenen Kalenderjahres (Vorvorjahr). Abweichend hiervon ist der Umsatz des jeweiligen Erhebungsjahres zugrunde zu legen:
- a) wenn die beitragspflichtige Tätigkeit erst im Erhebungsjahr, im Jahr davor oder im Laufe des vorvergangenen Jahres begonnen wurde;
- b) wenn die beitragspflichtige Tätigkeit im Laufe des Erhebungsjahres beendet wurde; als Beendigung einer beitragspflichtigen Tätigkeit ist es nicht anzusehen, wenn diese wiederkehrend saisonal ausgeübt wird.
- (3) Der Vorteilssatz bezeichnet für die einzelnen Arten der beitragspflichtigen Tätigkeit den als auf dem Fremdenverkehr beruhend geltenden Teil des Umsatzes. Er ist, nach Vorteilszonen unterschieden und in der Anlage 1 zu dieser Satzung (Betriebsartentabelle) in den Spalten 3 bis 6 bestimmt. Folgende Vorteilszonen werden unterschieden:

Vorteilszone 1:	Horumersiel und Schillig
Vorteilszone 2:	Hooksiel
Vorteilszone 3:	Minsen, Förrien, Hohenkirchen und die fremdenverkehrliche Schwerpunktzone
Vorteilszone 4:	übriges Gemeindegebiet.

Die Abgrenzung dieser Vorteilszonen ergibt sich aus den als Anlage 2 beigefügten Karten, die Bestandteil dieser Satzung sind.

- (4) Der Gewinnsatz drückt die objektive Gewinnmöglichkeit der jeweiligen Betriebsart aus; er ist für die einzelnen Arten der beitragspflichtigen Tätigkeit in der Anlage 1 zu dieser Satzung in Spalte 7 bestimmt.
- (5) Übt ein Beitragspflichtiger mehrere der in Anlage 1 zu dieser Satzung aufgeführten Tätigkeiten aus, so ist der Betrag für jede Tätigkeit gesondert zu berechnen.

§ 4 Beitragssatz

- (1) Der Beitragssatz wird dadurch ermittelt, dass der aufgrund von § 1 kalkulierte Aufwand im Sinne dieser Satzung durch die Summe aller Maßstabseinheiten dividiert wird. Er beträgt 4,723 %.

§ 5 Entstehung der Beitragsschuld, Vorausleistungen, Festsetzung, Fälligkeit

- (1) Der Fremdenverkehrsbeitrag wird für das Kalenderjahr erhoben, in dem die Voraussetzungen nach den §§ 1 und 2 dieser Satzung vorliegen (Erhebungsjahr).
- (2) Die Beitragspflicht und die Beitragsschuld entstehen mit Ablauf des Kalenderjahres, auf das sie sich beziehen.
- (3) Während des laufenden Erhebungsjahres kann die Gemeinde Wangerland Vorausleistungen auf den Fremdenverkehrsbeitrag erheben. Die Vorausleistung wird nach der sich für das laufende Erhebungsjahr voraussichtlich ergebenden Beitragsschuld bemessen. Dabei wird, sofern der Pflichtige keine Minderungsgründe nachweist, der gegebenenfalls für die Vorjahresfestsetzung erklärte Umsatz zugrunde gelegt, andernfalls wird der voraussichtlich maßgebliche Umsatz anhand desjenigen vergleichbarer Betriebe geschätzt.
- (4) Bei der Festsetzung des Beitrags für das abgelaufene Erhebungsjahr werden gezahlte Vorausleistungen angerechnet; ein etwaiger Vorausleistungsüberschuss wird dem Pflichtigen erstattet.
- (5) Die Beitragsfestsetzung und die Anforderung von Vorausleistungen erfolgen durch Bescheid. Der Beitrag bzw. die Vorausleistung sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

§ 6 Anzeige und Auskunftspflicht

- (1) Die beitragspflichtige Tätigkeit ist innerhalb eines Monats nach Aufnahme anzuzeigen. Jede bzw. jeder Beitragspflichtige hat die zur Berechnung des Beitrages erforderlichen Angaben bis zum 30. Juni des Erhebungsjahres oder - soweit die Gemeinde dazu schriftlich auffordert - innerhalb eines Monats nach Aufforderung mit dem dafür von der Gemeinde vorgesehenen Formblatt mitzuteilen und Nachweise zu erbringen. Insbesondere haben sie den nach § 3 Abs. 2 dieser Satzung maßgeblichen Umsatz zu erklären und anhand der bereits dem Finanzamt erbrachten oder geschuldeten Nachweise, z.B. durch die Umsatzsteuervoranmeldungen oder die Umsatzsteuererklärung oder, bei fehlender

Umsatzsteuerpflicht, durch die finanzamtlich geprüften Erklärungen für die betreffende einkommensteuerliche Einkunftsart, zu belegen.

- (2) Werden keine Angaben gemacht oder besteht der Verdacht, dass die Angaben unrichtig oder unvollständig sind, so kann die Gemeinde Wangerland
- beim zuständigen Finanzamt Auskunft über den angemeldeten bzw. vom Finanzamt evtl. geschätzten Umsatz des beitragspflichtigen Betriebes einholen oder, soweit dies nicht zur Feststellung des nach § 3 Abs. 2 maßgeblichen Umsatzes führt,
 - die Berechnungsgrundlagen schätzen.

§ 7 Datenverarbeitung

Die zur Ermittlung der Beitragspflichtigen, zur Festsetzung, Erhebung und Vollstreckung des Fremdenverkehrsbeitrages nach dieser Satzung erforderlichen personen- und grundstücksbezogenen Daten werden von der Gemeinde Wangerland gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1, § 10 Abs. 1 des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes i.V.m. § 11 NKAG und den dort in Bezug genommenen Vorschriften der Abgabenordnung erhoben und verarbeitet. Die Gemeinde Wangerland darf insoweit generell, abgesehen von den in § 6 Absatz 2 für den Fall fehlender Mitwirkung der Pflichtigen bezeichneten Maßnahmen, Daten beim Finanzamt, beim Amtsgericht (Handelsregister), beim Katasteramt und bei ihren für das Einwohnermeldewesen, Bauwesen, Ordnungsrecht sowie Finanzwesen zuständigen Stellen erheben und verarbeiten. Das kann auch im Wege des automatisierten Abrufverfahrens erfolgen.

§ 8 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Wer entgegen § 6 Absatz 1 dieser Satzung der Gemeinde Wangerland die Aufnahme der beitragspflichtigen Tätigkeit nicht anzeigt oder auf Anforderung die erforderlichen Angaben zur Berechnung des Beitrages nicht, nicht fristgemäß oder nicht vollständig mitteilt oder die von der Gemeinde angeforderten geeigneten Nachweise nicht vorlegt, handelt ordnungswidrig nach § 18 Absatz 2 Nr. 2 des Nds. Kommunalabgabengesetzes (NKAG).
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10.000,00 € geahndet werden.

§ 9 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2015 in Kraft.
- (2) Für die Zeit vom 01.01.2015 bis zum Tage der Veröffentlichung dieser Satzung entstandene Beitragsschulden werden der Höhe nach auf die sich aus der Fremdenverkehrsbeitragssatzung vom 18.12.2013 (gültig ab dem 01.01.2012), zuletzt geändert durch die Satzung vom 18.12.2013 (gültig ab dem 01.01.2013), ergebenden Beträge beschränkt.

§ 10
Außerkräftreten

Diese Satzung tritt mit Ablauf des 31.12.2015 außer Kraft.

Hohenkirchen, den 28.10.2015

Mühlena
Bürgermeister

Anlagen